

# **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

## **Südtirol-Dokumentation**

**Weinberger, Gerhard**

**Wien, [1992]**

Dokument 10 Erklärung von Ministerpräsident Rumor vor der  
Abgeordnetenversammlung vom 3. Dezember 1969

### Erklärung von Ministerpräsident Rumor vor der Abgeordnetenkommer vom 3. Dezember 1969

Zustimmung durch das italienische Parlament  
(Punkt 3 des Operationskalenders)

Am 3. Dezember 1969 gab der italienische Ministerpräsident Mariano Rumor vor der *Abgeordnetenkommer* im Sinne des Punktes 3 des Operationskalenders eine Regierungserklärung ab. Rumor erklärt u. a., daß die Regierung sich unter genauer Beachtung der Arbeitsergebnisse (der in der Vorgeschichte erwähnten 19er-Kommission) nunmehr anschicke, „den Wünschen der Bevölkerung Südtirols in größtmöglichem Ausmaß entgegenzukommen, um dadurch noch mehr ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen zu verbessern“. Die Regierung habe sich „aus freien Stücken“ zur Erlassung dieser Maßnahmen entschlossen, mit denen „das friedliche Zusammenleben und die Entwicklung der verschiedenen in Südtirol wohnenden Sprachgruppen gesichert werden sollen“. Im Sinne der vom Operationskalender vorgesehenen Termine verpflichtete sich die Regierung, den Verfassungsgesetzentwurf zur Erweiterung der Autonomie der beiden Provinzen innerhalb von 45 Tagen und die einfachen Gesetzesvorlagen zwecks Durchführung der im Paket vorgesehenen Maßnahmen innerhalb eines Jahres dem Parlament vorzulegen. Für die parlamentarische Behandlung werde die Regierung das Dringlichkeitsverfahren beantragen, und sie vertraue darauf, daß Kammer und Senat „im Bewußtsein der außergewöhnlichen Bedeutung des Problems und des historischen Momentes“ die Gesetzesvorlagen „mit jener Schnelligkeit“ behandeln werden, „die von den besonderen Umständen gefordert wird“. Die Regierung verpflichtete sich überdies, innerhalb von 2 Jahren nach Verabschiedung des Verfassungsgesetzes die notwendigen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Rumor gab auch die Einsetzung einer Studienkommission zur periodischen Prüfung der die Provinz Bozen betreffenden Probleme bekannt, der Vertreter der 3 Sprachgruppen angehören, und die mit Regierungsbeamten ergänzt werden kann. Rumor wiederholte den stets eingenommenen Standpunkt, daß Italien das Pariser Abkommen durchgeführt habe und daß die angekündigten Maßnahmen einer freien Entscheidung Italiens entspringen. Durch diese Maßnahmen werde der zwischen Italien und Österreich bestehende Streit über die Durchführung des Pariser Abkommens seinen Daseinsgrund und konkreten Inhalt verlieren. Der Wortlaut des Südtirol-Pakets wurde an die Abgeordneten verteilt. In der Debatte ergriffen auch die Vertreter der Südtiroler Volkspartei das Wort. Abgeordneter Dr. Roland Riz sprach den Bemühungen der italienischen Ministerpräsidenten um das Südtirolproblem Anerkennung aus und erklärte, daß die SVP trotz verschiedenen Mängeln des Pakets und unerfüllten Forderungen ihre Zustimmung zur Regierungserklärung gebe, um einen Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit zu erwirken und zu einer Verständigung

zwischen den in Südtirol lebenden Volksgruppen beizutragen. Dr. Riz äußerte die „Gewißheit, daß es nach der Durchführung des Pakets in einer Atmosphäre friedlichen Zusammenlebens und eines neuen, gegenseitigen Vertrauens zwischen Staat und Volksgruppe möglich sein werde, in einem Geist europäischer Verständigung auch die bisher nicht erfüllten Forderungen gebührend zu berücksichtigen“. Die italienische Abgeordnetenkammer stimmte am 4. Dezember 1969 mit 269 gegen 26 Stimmen bei 88 Enthaltungen der Regierungserklärung zu. Mit Ja stimmten außer der SVP die Christlich-Demokraten (DC), die PSU, die PSI und die Republikaner (PRI), wobei die 3 letztgenannten Parteien einige Vorbehalte anbrachten. Mit Nein stimmten die Neofaschisten und die Monarchisten. Der Stimme enthielten sich die Kommunisten (PCI), die Linken Unabhängigen (PSIUP) und die Liberalen (PLI). Die 3 letztgenannten Parteien waren zwar mit der vorgeschlagenen Lösung grundsätzlich einverstanden, übten aber Stimmenthaltung, weil sie gegen die sogenannte Bilanzgarantie (Vetorecht der italienischen Minderheit in der Provinz Südtirol) waren und eine zeitliche Beschränkung für den ethnischen Proporz wünschten.

Am 5. Dezember 1969 gab auch der *Senat* seine Zustimmung, nachdem Ministerpräsident Rumor eine ähnliche Regierungserklärung wie vor der Kammer abgegeben hatte. Er betonte auch hier, daß die von der italienischen Regierung im Südtirol-Paket vorgesehenen Maßnahmen aus freiem Willen erfolgten und keine Akte der Durchführung des Pariser Abkommens von 1946 seien. Auch im Senat stimmten die DC, die PSI, die PSU, die PRI sowie die beiden Südtiroler Senatoren mit Ja, die Neofaschisten und Monarchisten mit Nein, während sich die PCI, die PSIUP und die PLI der Stimme enthielten.